

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

34 (10.2.1920)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 J Postgebühr; ab 1.10 M in der Geschäftsstelle und in Abgaben 2.- M; am Postämter 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelnummer 15 J.  
Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.  
Anzeigen: Die 7spaltige Avo'seile oder deren Raum 50 J. Kleinanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2-1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

### Die Berliner Parteifunktionäre zur Auslieferungsforderung.

Berlin, 9. Febr. Eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteifunktionäre beschäftigte sich mit der Auslieferungsforderung. Allseitig wurde die Auffassung vertreten, daß das Verlangen der Entente nicht erfüllt werden kann, weil es nicht erfüllbar sei. Die Parteigenossen lehnen es entschieden ab, tatsächlich vorgekommene Kriegsverbrechen verteidigen und die Verbrecher schützen zu wollen. Sie verlangen im Gegenteil eine gerichtliche Untersuchung ohne Ansehen der Person. Die Angeklagten müßten aber vor deutsche Gerichte gestellt und dürfen nicht der niederen Nachsicht der selbst schuldbeladenen Sieger ausgeliefert werden. Die Unterschrift unter das Versailles Dokument sei erpreßt, die Durchführung der Friedensbedingungen unmöglich. Selbst wenn die Erfüllung dieser Verpflichtung möglich wäre, hätte die Entente es in der Hand, so wie sie es tun werde, mit Verbrechen zu drohen wegen der Nichterfüllung anderer unausführbarer Friedensbedingungen. Einstimmig beschloß die Konferenz, sich den Erklärungen anzuschließen, die am 5. Februar vom Präsidenten Leinert in der preussischen Landesversammlung abgegeben wurde. Sehr scharf sprach sich die Konferenz gegen den von der preussischen Landesversammlung vorgelegten Gesetzentwurf über die Abfindung des ehemaligen Königshauses aus.

### Beratungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 10. Febr. Privat. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beriet gestern von vormittags bis in die späten Nachmittagsstunden über die Auslieferungsforderung, ohne Beschlüsse zu fassen. Als Ergebnis der Beratungen, an denen sich der Reichstagspräsident und der Minister des Innern beteiligten, kann festgestellt werden, daß die Fraktion mit der grundsätzlichen Haltung der Regierung vollkommen einverstanden ist. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge in nächster Zukunft an dem Standpunkt festhalten, daß die Entente Unmögliches von uns fordert und daß alles vermieden wird, was zur Aufspaltung der nationalen Leidenschaften auf beiden Seiten geeignet sei.

### Parlamentarische Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten.

Berlin, 9. Febr. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich heute Nachmittag mit der Auslieferungsforderung. Zum Schluß der Verhandlungen, die wie alle Sitzungen des Ausschusses, streng vertraulich waren, sagte der Vorsitzende Scheibemann das Ergebnis folgendermaßen zusammen: Unbeschadet mancherlei Aussetzungen im einzelnen stellt er fest, daß der Ausschuss sich in der Auslieferungsforderung einverstanden erklärt mit dem bisherigen Verhalten und dem vorgesehenen Schritt der Regierung. Der Ausschuss erwartet, daß er vor weiteren entscheidenden Schritten der Regierung so rechtzeitig in Erscheinung tritt, daß er Stellung dazu nehmen kann.

### Einigkeit in der Ablehnung.

Berlin, 10. Febr. In der Besprechung der Fraktionsführer in der Reichstagsversammlung ließ die Regierung ihren Standpunkt präzisieren und die Parlamentarier erklärten den ihren. Hierbei ergab sich völlige Einigkeit in der Verwerfung jeglicher Auslieferungsforderung. Vor dieser Besprechung hatte Freiherr von Borsner dem Minister Müller ausführlichen Bericht über die Pariser Vorgänge erstattet.

### England macht Vorbehalte.

London, 10. Febr. Das Reutersche Büro meldet, die durch die Auslieferungsforderung entstandene Lage beruhe auf einem Mißverständnis. England hätte keine Einsicht in die französische und belgische Forderung. Von einer plötzlichen Änderung der politischen Ansicht könne keine Rede sein. Es handle sich jedoch darum, daß England im Zusammenhang mit diesen Forderungen Vorbehalte gemacht habe.

### Rundgebung und Stellungnahme der deutschen Heerführer zur Auslieferungsforderung.

Eine Versammlung ehemaliger deutscher Heerführer faßte folgenden Beschlüsse:  
Mit dem Inkrafttreten des Deutschland aufgezogenen Friedensvertrages werden unsere Feinde die Auslieferung von Deutschen verlangen, die sie wegen angeblicher Verbrechen im letzten Kriege wider allen Rechts durch sogenannte Gerichte aburteilen lassen wollen. Es handelt sich dabei nicht um ein Verfahren nach Rechtsgrundsätzen, sondern um Ausübung roher Gewalt mit dem Zweck, die Schmach unseres Volkes vor der ganzen Welt noch zu vergrößern. Wie der Einzelne sich in der traurigen Lage verhält, muß er mit seinem Gewissen und seiner Ehre zwar selbst abmachen, im dringenden Vaterlandinteresse liegt es jedoch, daß die Beteiligten nach einheitlichen Gesichtspunkten dabei verfahren. Die unterzeichneten haben sich deshalb an eine große Zahl ehemaliger Heerführer, älterer Generale und Admirale gewandt, um hierfür gewisse Richtlinien aufzustellen. Es bestand Einigkeit über folgende Punkte:  
1. Wir Generale und Admirale sind der Auffassung, daß es nicht gegen die Ehre eines Offiziers geht, sich dem Zugriff der deutschen Regierung oder der Entente zu unterziehen.  
2. Wir dürfen uns keinesfalls freiwillig stellen. Jetzt würde dies eine Anerkennung der feindlichen Gerichte bedeuten, die unter allen Umständen abgelehnt werden muß. Wir dürfen der deutschen Regierung, wenn sie sich wirklich zu der schmachvollen Auslieferung versteht, das Obium nicht ersparen, deutsche

Männer, die nichts als ihre Pflicht gegen das Vaterland taten, selbst zwangsweise in die Gewalt der Feinde zu bringen. Nur so kann dem deutschen Volke die ganze Größe der Schande zum Bewußtsein gebracht werden, die ihm selbst durch das Versagen gegen uns angetan wird. — Gegen jeden etwaigen Haftbefehl ist alsbald Rechtsbeschwerde bei einem deutschen Gericht einzulegen. — Gegenüber verschiedenen Rundgebungen in der deutschen Öffentlichkeit weisen wir nachdrücklich darauf hin, daß zwischen der Bestellung der auszuliefernden Offiziere und der Rückgabe unserer Kriegsgefangenen nach dem Friedensvertrag nicht der geringste Zusammenhang besteht. Sollte der Feind diese gewalttätig verurteilen, so würde nach dem bisherigen Verhalten unserer Gegner auch unsere freiwillige Bestellung noch lange keine unbedingte Sicherheit für die Rückkehr unserer noch in feindlicher Sklaverei schmachtenden Landsleute bieten. Ihre Rücksendung läge nach wie vor im Belieben unserer Feinde und könnte von jeder anderen unerfüllbaren Bedingung abhängig gemacht werden, deren der Versailles Friedensvertrag genug enthält.  
3. Eine persönliche Verteidigung vor dem feindlichen Gericht ist zu unterlassen. . . . Es empfiehlt sich eine Erklärung, natürlich in deutscher Sprache, dem Sinne nach: „Ich habe nichts getan als meine Pflicht als deutscher Soldat; als solcher erkenne ich Euch nicht an und verweigere jede weitere Aussage.“  
Indem wir den Kameraden im Auftrage einer großen Anzahl der ältesten Offiziere unserer früheren Armee und Marine die vorstehenden Richtlinien zur Beachtung empfehlen, sind wir uns bewußt, daß sie unter Umständen einem jeden von uns sehr harte Forderungen stellen werden. Wir wollen dann eingestehen sein, daß die uns angetane Schmach nicht unserer Person gilt, sondern Deutschland.  
Gen. v. Steeringen, Generaloberst z. D., v. Klud, Generaloberst z. D., von Boehn, Generaloberst z. D., v. Eberhardt, General d. Inf. z. D., v. Falkenhayn, General d. Inf. z. D.

Wenn die Herren etwas weniger von „Schmach“ und „Schande“ reden würden, läme es ihnen besser an. In dieser moralischen Welt sind wir nicht weniger als Männer, denen noch großen Teilen des deutschen Volkes. Mit ihrem jetzt so gepredigt herbeigeführten Eingeständnis hat es sich ganz gut während des Krieges verhalten, daß die Millionen — n. gewählten deutscher Soldaten so ungehörig an ihren erregten Ohren verhallt sind. Und die Schmach und Schande der elendesten Soldatenhänderei hat die Herren früher auch kaum sonderlich berührt. Also mit ihrem moralischen Entschuldigungsgebot sollen uns die Herren fern bleiben. Der gehässige Ton gegen die Regierung offenbart die Herren Heerführer als deutsche nationale Reaktionäre und als Männer, denen auch in dieser ersten Stunde der gute Wille und die Fähigkeit abgeht, die richtigen Gedanken zu unterbreiten. Dabei hat die Regierung wirklich ehrlich gegen die Auslieferung gekämpft. Und endlich müssen wir gestehen: imponierend, weder im Ton noch im sachlichen Kern, ist die Entschließung der Generale und Admirale nicht. Sie zeigt vielmehr, wie recht kleine Leute so große Generale in bestimmten Situationen sein können.

### Reaktionäre Schleichhändler in vaterländischer Mäse.

Der Nationalverband Deutscher Offiziere hat an den Reichspräsidenten und an die Reichsregierung eine Entschuldigungsgerichte, in der er schärfsten Protest gegen die Auslieferung erhebt. Der Verband fordert eine einmütige, stolze Haltung gegenüber der ungeheuerlichen Anmaßung der Feinde.  
Um diese Gesinnung zu machtvoller Wirkung nach innen und außen zu bringen, fordern wir die unverzügliche Einberufung der Nationalversammlung als die berufene Vertretung des Volkes, die  
Bildung einer Regierung des nationalen Wiederstandes  
und der nationalen Ehre aus den besten Männern des Volkes, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Partei und zur Nationalversammlung.  
Das Vorgehen des Nationalverbandes Deutscher Offiziere in der Auslieferungsforderung erfolgt in voller Uebereinstimmung mit dem Deutschen Offizierbunde.  
Der Nationalverband deutscher Offiziere ist eine berüchtigte reaktionäre Gesellschaft, von dem früher auch der Offizierbund nichts wissen wollte. Seine Absicht ist, wie der Vorschlag beweist, auf Schleichwegen die heutige Regierung zu beseitigen. Und das scheint den Herren besonders am Herzen zu liegen.

### Die Haftentlassung von Liebknecht und Luxemburgs Mörder.

Zu der Angelegenheit der Haftentlassung des Jägers Runge erfahren die „B. B. N.“ von unrichtiger Seite, daß für sie keine militärische Stelle, sondern die Staatsanwaltschaft Coblenz verantwortlich ist. Runge ist am 20. Januar aus der südlichen Arrestanstalt Berlin in das Strafgefängnis Coblenz überführt worden. Auf Grund ärztlichen Gutachtens ist er infolge schwerer Nervenleiden nach einer Kopfverletzung als nicht haftfähig erklärt worden.  
Die staatsanwaltschaftliche Besorgnis um dieses Mörderzustand ist wahrhaft rührend.

### Runge wieder in Haft.

Wie dem „Vorwärts“ zuverlässig mitgeteilt wird, ist der Jäger Runge gestern Nachmittag auf Antrag des Generaloberstaatsanwalts Klafke wieder festgenommen und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

### Zur Landesschulkonferenz.

Seute vormitag hat die Landesschulkonferenz begonnen. Damit hat Baden wieder einmal sich als ein „Musterland“ bewährt. Wie die badische Verfassung die erste der neuen Republiken war, so ist diese Schulkonferenz in ihrem weiten Umfange das erste Erziehungsparlament, das im neuen Deutschland tagt. Und doch hat sie ihre Vorgängerin. Und auch diese tagte in Baden. Es war nach der großen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche des Jahres 1860, als der badische Staat daran ging, die Schule ganz in seine Hand zu nehmen, und im Anschluß an die Errichtung des Oberschulrats begann, das ganze Volksschulwesen auf eine neue gesetzliche Grundlage zu stellen. Damals war es, als die Volksschullehrer Badens aus ihren Reihen 12 Vertreter wählten, zu denen der Oberschulrat noch acht ernannte, und die dann zusammen mit der Oberbehörde unter der Leitung des Direktors des Oberschulrats, Dr. Knieß, in Karlsruhe im Ständehaus tagten.

Der Unterschied zwischen jener Schulkonferenz und der heutigen zeigt uns den entwicklungsgeschichtlichen Abstand, in dem wir heute zu den sechziger Jahren, jener Hochzeit liberaler Politik stehen. Heute setzen sich die Abgeordneten nicht mehr nur aus den Lehrern der Volksschule und der Schulbehörde zusammen, heute sind Schulfragen nicht nur allein mehr Volksschulfragen, heute handelt es sich in diesen Dingen nicht nur mehr um den engen Kreis der unmittelbaren an der Schule und am Unterricht Beteiligten, heute ist die Schule nicht mehr eine Angelegenheit der Behörde allein: heute ist Schule eine Sache der Gesamtheit. Darin liegt schon äußerlich der ungeheure gewaltige Fortschritt zwischen 1860 und 1920. Erziehungsfragen sind heute nicht mehr sachliche Teilfragen, sondern Angelegenheiten aller. Es ist der Gedanke der Demokratie, der auch hier zu deutlichem Ausdruck drängt. Heute sind im Saal des Ständehauses nicht nur die Volksschullehrer vertreten, heute haben hier ihren Sitz die Vertreter der höheren Schulen, der Handels- und Gewerbeschulen, der Hochschulen. Heute sind hier versammelt die Vertreter der Gewerkschaften, der kaufmännischen und technischen Verbände der Parteien, der Kirchen, der Frauen, der Vereine für Leibesübungen usw. Alle Kategorien, alle Körperschaften, sind heute interessiert an den grundlegenden Fragen eines Neuaufbaues der Erziehung. Und es ist weiter ein Grundgedanke der Demokratie, daß alle diese Körperschaften hier zu Wort kommen sollen, bevor die entscheidenden Stellen ihre Entscheidungen treffen wollen. Es wird nicht mehr autoritär und monarchisch von oben herunter verordnet, sondern maßgebend für das, was geschehen soll, muß heute sein der Willensausdruck der Gesamtheit, so wie sie sich in Verbänden zusammengeschlossen hat. Erst auf dieser Grundlage kann der Bau entstehen, der unserer ganzen deutschen Jugend die Werte an Wissen und Bildung und sittlichen Kraft vermittelt, deren sie heute und in den kommenden Jahren des Wiederaufbaues so dringend bedarf.

Freilich: die letzten Entscheidungen können und sollen hier nicht fallen. Das wäre eine arge Verkennung des Charakters der heutigen Schulkonferenz. So wichtig und wertvoll diese Tagung an sich ist, so notwendig sie ist, weil nur sie in dem Wirrwarr der Ansichten, Meinungen, Forderungen, Pläne und Notwendigkeiten eine Klärung bedeuten kann — so wenig ist sie geeignet, irgendwelche verbindende Beschlüsse zu fassen. Dafür fehlt ihr der Einblick in das Technische der ganzen Fragen. Aber etwas kann sie ohne Zweifel die großen Grundlinien des gemeinsamen Willens ziehen, die Wege aufzeigen, die zum gemeinsamen Ziele führen, sie kann für die Männer, in deren Händen die letzten Entscheidungen gelegt sind, Wegweiser werden. Und das ist schon viel. Denn auch darüber sollten sich alle klar sein: wir brauchen neue Ziele und neue Wege in unserer Erziehung der deutschen Jugend. Die Forderungen, die heute auf dem Gebiete der Erziehung erhoben werden, sind zwar nicht so neu wie mancher wohl denkt. Weder die Frage der Einheitschule, die auf ein Alter von mehreren hundert Jahren zurückblicken kann, noch die Fragen der Lehrerbildung, noch die Fragen der Selbstverwaltung der Schule, noch die Fragen der körperlichen Erziehung. Wir Sozialisten sind stolz darauf, daß wir alle diese Fragen seit langem in unserem Schulprogramm vertreten haben. Heute nun ist der Weg frei geworden für diese Forderungen, heute werfen wir nicht mehr die Frage auf, heute wollen wir die Antwort hören. Das ist es. Und darin beruht der Wert dieser Zeit: daß heute die Zeit der Antworten ist.

Die badische Landesschulkonferenz wird eine dieser Antworten sein müssen. Hier wird gefragt werden müssen: wie stellt sich der Volksschullehrer, der akademische Lehrer, der Kaufmann, der Kirchenmann, der Politiker, der Arbeiter, der Techniker zu den brennenden Fragen der Erziehung. Und darauf muß Antwort gegeben werden. So oder so. Wir wissen wohl, daß eine reifliche Einigung nicht erzielt werden kann. Darum handelt es sich auch nicht. Aber eine Einigung ist möglich, bis zu einem gewissen Grade bestimmt möglich. Denn wir haben ein Gemein-sames, von dem aus eine gemeinsame Antwort möglich

Seite 6.  
ge  
1898  
F.  
der Öffent-  
nung gegen  
Grundlagen  
1919 und  
Frachtposten,  
Febr. 1920,  
und nach-  
Beginnend  
erungsdauer,  
bisherige  
ab 5. Februar.  
d. General-  
ad. Staats-  
neu.  
Kroft  
stige, sowie  
Arme und  
ist unter  
rat „Thi-  
abspaltung  
Bereit und  
aus Nr. 10.  
D. Kolb,  
(Reiseb.).  
stige Ber-  
cht. 380z  
ser  
schäfte hier,  
deno 2 und  
Oster, teils  
niehjar  
1579  
sam  
—Wito  
die 32.  
FE  
orke  
orke  
abrik  
ten 1. B.  
werden  
343  
der  
bel und  
trauch-  
an billig  
1127  
geschaft  
ber  
53a.  
1690  
laare  
n Preisen  
on,  
anreiser-  
straße 48,  
Stahdr.  
Ratzen,  
Mlier an  
alog frei.  
nkst i. B.  
n.  
er  
1092  
ue oder  
er gut  
nfüßer  
Riter  
gelucht  
au-  
straße  
3.



ist: und das ist die große geistige Not Deutschlands. Das ist die große geistige Not Deutschlands. Das ist die große geistige Not Deutschlands. Und aus dieser Not kann uns nur helfen eine neue Erziehung. Eine Erziehung, die alle wahren sittlichen und religiösen Kräfte im Kinde lebendig und stark macht zu einem Gemeinschaftsgefühl, zu einer Kraft, die alle Volksgenossen als etwas Gemeinsames zusammenhängt, gleichgültig, wer und wo er wohnt. Diese neue Erziehung ist aber nur möglich durch die Einheitschule, durch die Gemeinamkeit von Schule und Haus, durch eine wahrhaft pädagogische, erzieherisch sich auswirkende Vorbildung aller Lehrer und nicht zuletzt durch eine Kräftigung der Gesundheit unserer deutschen Jugend durch Körperpflege, Spiel, Turnen, Wandern durch die Heimat. Zwei Dinge: Mensch und Heimat sind es, welche die wirksamsten Faktoren einer jeden Erziehung bedeuten. Auf diesen beiden Grundbegriffen muß sich die neue Erziehung aufbauen. Wenn in diesen Fragen, die der Landesschulkonferenz als Themen gegeben sind: Einheitschule, Lehrerbildung, Schule und Haus und körperliche Erziehung der Jugend, wenn in diesen Fragen eine grundsätzliche Einigung herbeigeführt wird, aus dem Gedanken heraus, daß wir diese vier Grundlagen einer neuen Erziehung brauchen, bitter notwendig brauchen um unserer geistigen und sittlichen Gesundheit willen; dann hat die Landesschulkonferenz nicht nur dem badiischen Volke, sondern in ihren Auswirkungen darüber hinaus auch dem deutschen Volk einen wertvollen Dienst erwiesen.

### Politische Uebersicht.

#### Reichsfinanzminister Erzberger gegen die Auslieferung.

Berlin, 8. Febr. Reichsfinanzminister Erzberger gewährt dem Sonderberichterstatter der „Welt“ eine Unterredung, in der sich der Minister folgendermaßen äußerte: „Am es Ihnen gleich zu sagen, siehe ich auf dem Standpunkt, daß die Auslieferung irgend eines Deutschen an die Entente ein schändliches Verbrechen ist. Die Alliierten greifen an den Lebensnerv unserer nationalen Ehre, mit rauher Hand greifen sie in unsere sich mühsam loslösende Ordnung, sie ziehen in frecher Weise mit dem Feuer. Der Körper der Nation würde in einer Weise erschüttert werden, daß kein Mensch sagen könnte, was aus Europa würde. Eine Auslieferung ist unmöglich. Keine Regierung in Deutschland, welche Konstellation sie auch haben mag, wird anders handeln können wie die jetzige Regierung, keine würde praktisch in der Lage sein, auch nur einen Deutschen der Entente auszuliefern.“

Auf die Frage des Korrespondenten, ob dieser Standpunkt nicht im Widerspruch mit der Tatsache der Annahme des Friedensvertrages stehe, antwortete Minister Erzberger folgendes: „Diese Frage könnte konstruiert werden, wenn der Friedensvertrag in freier Vereinbarung unterzeichnet worden wäre und wenn wir der Entente gegenüber nicht auf die Bedeutung und auf die Vorbehalte mit allem Nachdruck hingewiesen hätten, die wir dabei bei der Auslieferungsfrage gaben. Aber die Regierung hat jederzeit alles Erdenkliche getan, um eine Auslieferung der entsprechenden Artikel aus dem Friedensvertrag zu erreichen, und hat dann erst die Friedensbedingungen über sich ergehen lassen, als man ihr die Pistole auf die Brust setzte und Marschall Foch die Hand am Knopf hatte, auf den er nur zu drücken brauchte, um die alliierten Armeen über den Rhein zu schicken. Ich persönlich habe damals in den kritischen Tagen mit mehreren alliierten Vertretern verhandelt und ihnen die Unmöglichkeit der Auslieferungsdarstellungen dargelegt. Ich mußte nach Lage der Dinge annehmen, daß meine eifrigen Bemühungen Aussicht auf Erfolg haben würden. Daher konnte ich mit der gesamten Regierung auch der guten Hoffnung sein, daß die Alliierten die Note, in welcher die Bereitschaft der deutschen Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages und die gleichzeitige Ablehnung der Uebernahme einer Verpflichtung nach Artikel 227-230 zum Ausdruck kam, und die auch von der Nationalversammlung gebilligt wurde, annehmen würden. Als dann am 22. Juni abends die berühmte Note Clemenceaus kam, die die Unterzeichnung des Vertrages, wie er vorlag, ohne jeden Vorbehalt innerhalb 24 Stunden forderte, habe ich in der Nacht noch einmal versucht, durch einen Mittelsmann die Alliierten zur Vernunft zu bringen. Wir hofften auf eine höfliche, abernde Birlung der Zeit und rechneten damit, durch neue Verhandlungen diese Ausführung der Schmachparagrafen von uns abzuwenden zu können.“

### Schorch's Wahlrede.

Von Ferdinand Madlinger. (Schluß.)

Nun besitzt bekanntlich jede Partei ihren Mathematiker, der die gesamte Wählerchaft nach ihrer mutmaßlichen Farbe einteilt und schon im voraus den Ausfall der Wahl auf die Stimme genau herausrechnet. Sollten diese exakten Berechnungen klappen, so war es unumgänglich, Schorch's Bestimmung zu erkunden.

Es begann eine höchst persönliche Agitation um die Stimme des Schorch. Alle Parteien mühten sich um seine Gunst, indem sie ihre Vertreter häufiger als sonst in sein Lokal ent sandten. Und wer selbst nicht so viel Wein vertrugen konnte, um dem Schorch zu imponieren, brachte trinkende Freunde mit.

Es fruchtete nichts.

Eines Abends nach vorgerückter Stunde warf nach lebhaften politischen Gesprächen der Stadtparrer den glücklichen Gedanken in die Tafelrunde. Der Schorch muß eine Wahlrede halten und seine Ansicht zur kommenden Wahl ansprechen.

Begeistert nahmen die Herren den Vorschlag an. Vielleicht war dies der Weg zum Erfolg. Das Opfer sträubte sich zwar mit Händen und Füßen gegen die kitzlige Aufgabe; er sei kein Redner, er wisse nichts zu sprechen, man sollte ihm seine Ruhe lassen. Aber es gab kein Erbarmen. Die weinfröhliche Gesellschaft drohte mit Verlegung des Stammtisches, wenn er sich dem Geheiß widersetze.

Ein erwartungsvolles Stillschweigen trat ein; Minuten ängstlicher Ueberlegung. Der Schorch sah bemitleidenswert aus in seiner Klemme. Aus seinen Augen schaute die Dual.

„Ich kann den Herren doch keine Wahlrede halten; ich habe noch nie eine gehalten, stehe er.“

„Nur nicht gekniffen, Schorch! Sie reden Ihre Rede, oder wir ziehen aus“, rief man ihm zu. Ein Pfälzer sei nie auf den Mund gefallen, und er habe in seinem Tanzsaal schon so vielen Verlautbarungen angewohnt, daß er mit Leichtigkeit eine Rede zusammenstopfen könne.

„Glauben Sie nicht, daß etwa aus der Haltung der deutschen Regierung und des deutschen Volkes seitens der Alliierten der Schluß gezogen werden könnte, als ob Deutschland die Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht einhalten wolle?“

Minister Erzberger erwiderte: Dieser Schluß wäre absolut falsch und entwürdigend weder den Absichten der deutschen Regierung noch den Tatsachen; denn Deutschland wird die Friedensbedingungen, soweit dies irgendwie in seiner Kraft steht, erfüllen. Aber nur ein finanziell und wirtschaftlich gesundes und geeffizientes Deutschland kann leistungsfähig sein. Wenn die so können sie m. E. von einem mangelnden Willen Deutschlands zur Erfüllung des Friedensvertrages nicht sprechen. Die Finanzen, das Reichs- und Staatsvermögen in den abgetretenen Gebieten, die Handelsflotte, Kohlen, Blei, Karbolsäure, Maschinen, Eisenbahnmaterial, Kabel, die Schuppen unserer Kriegesverbündeten an uns, alles zurückgelassene Material, die Kosten für das Besatzungsheer, — dies macht eine

Summe von 44 Milliarden Mark groß

aus, abgesehen davon, daß die von uns zurückgelassenen Werte (Bargeld und Effekten) etwa 5 Milliarden betragen. Dabei sind wir nach Artikel 235 verpflichtet, nur 20 Milliarden Mark Gold bis 1. Mai 1921 zu zahlen. Die Entente hat uns unsere internationalen Werte wie Kohle, Schiffe, Kolonien, Auslands Guthaben, unsere fremden Wertpapiere genommen. Deutschland ist lediglich auf sein Innenvermögen angewiesen. Wie der arme Lazarus sitzt Deutschland an der Pforte, aber wie die andere biblische Figur, der der barmherzige Samariter sich näherte. Auch hier will ich mit Dank anerkennen, daß der erste barmherzige Samariter Holland war. Um unser wirtschaftliches Überleben und die Erfüllung des Friedensvertrages zu ermöglichen, mußten wir die Alliierten auch in den besetzten Gebieten um Hilfe bitten. Ich hoffe bestimmt, daß die alliierten Regierungen von ihren Auslieferungsplänen Abstand nehmen.

### Die Alldeutschen-Deutschnationalen werben Mordmörder.

Die (Deutschnationalen) Partei Mordmörder hat einen neuen Plan eronnen: sie fordert im voraus Straffreiheit für sämtliche alldeutschen Attentäter. In der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt Graf Reventlow:

„Man hätte früher in Deutschland den Begriff des Landesherrn innerhalb des eigenen Landes. Es wäre Zeit, ihn jetzt wieder einzuführen und auf jeden Deutschen anzuwenden, der sich in Deutschland durch die Feinde belästigen und gebrauchen läßt, ganz besonders gegen die auf den Auslieferungsweg verschickten Deutschen. Er müßte als Landesfeind für lebenslang erklärt und demgemäß rüchlos und straflos behandelt werden. Die Zeit und Lage ist ungewöhnlich, um solches zu rechtfertigen, ja als besonders ein Flage erscheinen zu lassen.“

Die reaktionäre „Post“ greift diese Anregung mit Freude an. Sie hat sofort das richtige Gefühl, was hier gemeint ist, indem sie dem Grafen Reventlow mit folgenden Worten schreibt:

„Diese Anschaffung entspricht zweifellos dem gesunden Empfinden weiser Völker. Besser wäre es jedoch wenn das Volk nicht genötigt wäre, zur Selbsthilfe zu greifen.“

Die Forderung des Grafen Reventlow bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß jeder Alldeutsche jeden Nichtalldeutschen straflos tödlich darfs.

Das würde der deutschnationalen Graf Reventlow gesagt haben, wenn am 9. November 1918 alle alldeutschen Kriegshelden und Kriegsverlängerer für lebenslang und ihre Mörder für straflos erklärt worden wären!

### Ein scharfes englisches Urteil gegen die Auslieferung.

Das Londoner Blatt „Union of democratic control“ schreibt zum Auslieferungsbegriff:

„Nach sechs Monaten, nachdem die Alliierten einen der vollkommensten Siege, den die Geschichte kennt, davongetragen hatten, als sie nichts mehr zu fürchten brauchten, hielten sie folglich ihre Pläne gegen Deutschland aufrecht und handhabten gegen das hilflose und unbewaffnete deutsche Volk diese grausamen aller Mordwaffen in rüchlosster Weise. Dadurch machten sie sich am Tode hunderttausender deutscher Männer, Frauen und Kinder schuldig. Die Regierungen, die an diesem gewaltigen Verbrechen, das in der Geschichte nicht seinesgleichen hat, schuldig sind, wagen sich selbst zu Richtern der Toten Tausender Personen unter ihren früheren Führern aufzuwerfen. Das ist monströse Unrecht. Wenn man auf dieser Forderung besteht, so wäre

das Bild der Gerechtigkeit für immer verfinstert und Europa mit den Waffen der Lebensnot und des Hasses infiziert. Und dadurch werde jeder Versuch, eine internationale Annäherung zuzugehen zu bringen, zum Scheitern verurteilt.“

### An die deutsche Beamtenschaft.

MA Berlin, 9. Febr. Der Deutsche Beamtenschaftsverband erläßt einen Aufruf an die deutsche Beamtenschaft, in dem es heißt: „Das deutsche Wirtschaftsleben ist durch den verordneten Kriegszustand beispiellose Entbehrungen aller Art haben an dem Leben unseres Volkes gesetzt und noch immer steigt die Ernüchterung unentbehrlichen Bedarfsgegenständen haben infolge des Hoffmangel und unzulänglicher Gütererzeugung einen so hohen Preisstand erreicht, daß sie für die Schichten der minderbemittelten Bevölkerung, zu denen die Beamtenschaft gehört, unerschwinglich geworden sind.“

Unausgegaltete Gehalts- und Lohnforderungen aller derjenigen, die allein auf den Ertrag ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, sind die unauflösblichen Folgen, wodurch aber das Leben nicht befristet, sondern es letzten Endes immer mehr verfinstert wird. Nur eine Vermehrung der Gütererzeugung in Verbindung mit einer gerechteren Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittelbestände vermag der fortschreitenden Aufspaltung und Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens Einhalt zu tun. Es gibt nur ein Allheilmittel, das heißt vermehrte Produktion durch erhöhte Arbeitsleistung.“

Das ist auch die Parole der deutschen Beamtenschaft. Darum ist sie bereit, mit autem Beispiel voranzugehen und vor dem ganzen deutschen Volke ein einmütiges Bekenntnis zum Achtstundentag abzulegen. Die Gesamtheit der Beamten hat für die Mehrzahl der Beamten bedeutet der Achtstundentag kein besonderes Opfer, da ihre Kräfte weit darüber hinaus in Anspruch genommen sind. Wo es aber notwendig ist, die Arbeitszeit entsprechend zu erweitern, soll es geschehen. Wir sind zur rettenden Tat bereit. Deutscher Beamtenschaftsverband.

### Der Gehelntwurf über die Grundschule.

Berlin, 9. April. Amtlich. Der Entwurf des Gesetzes über die Grundschule ist, nachdem er die Zustimmung des Reichstages erhalten hat, dem Reichsrat zur Beratung zugegangen. Damit ist der Entwurf für das erste Reichsschulgesetz aufgestellt, das die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Schulwesens, die durch die neue Verfassung dem Reiche zugefallen ist, einleitet. Im allgemeinen besteht die Absicht, die einzelnen Kräfte der Schulgesetzgebung von der Reichsschulkonferenz, die in Berlin im Zusammentritt, benannt zu lassen. Im vorliegenden Fall mußte hiervon abgesehen werden, weil Länder wie Gemeinden auf eine fast vollständige Regelung der Grundschulfrage drängen. In Artikel 146 der Verfassung festgesetzt ist, daß sich das mittlere und höhere Schulwesen auf einer gemeinsamen Grundlage aufzubauen habe, war der einheitliche Inhalt des Gesetzes von vornherein gegeben. Der Gehelntwurf bestimmt, daß die Grundschule vier Unterrichtsjahre umfassen soll. Alle höheren und privaten Vorschulen werden aufgehoben. Es wird indessen den Vorstellen eine gewisse Abwägung zu zuzustimmen, daß der erste Jahrgang schon im kommenden Jahre nicht mehr neu mit Schülern besetzt werden. Die Tätigkeit der öffentlichen Vorschulen hat nach dem Entwurf mit Beginn des Schuljahres 1921/22, die der Privatvorschulen mit Beginn des Schuljahres 1922/23 beendet zu sein. Der Gehelntwurf bestimmt weiter, daß die durch die Aufhebung der Vorstellungen frei werdenden Lehrkräfte an anderen öffentlichen Schulen bei gleicher Besoldung weiter zu beschäftigen sind. Privatunterweisung einzelner Kinder oder geschlossener Gruppen soll nur ausnahmsweise zugelassen, im allgemeinen aber verboten sein. Es besteht die Absicht, das Gesetz, falls die Verabschiedung im Reichsrat und in der Nationalversammlung rechtzeitig erfolgt, nach vor Beginn des neuen Schuljahres am 1. April in Kraft zu setzen.

### Rußland, die Randstaaten und die Entente.

Kopenhagen, 9. Febr. „Perlingske Tidende“ meldet aus Moskau, der russische Friedensdelegierte Joffe habe vor seiner Abreise von Dorpat zu Journalisten geäußert, es sei die Absicht der jetzigen russischen Regierung, zu einer Friedensregelung mit den Randstaaten und Westeuropa zu kommen. Er wolle dem Frieden mit Estland große Bedeutung bei, da er glaube, daß Estland den Randstaaten den Weg gezeigt habe. Letztlich sei bereits geneigt, gleichfalls Friedensverhandlungen einzuleiten. Sowjetrußland werde die Unabhängigkeit aller Randstaaten anerkennen. Zwischen England und Sowjetrußland seien Friedensverhandlungen im Gange. Sowjetrußland stelle nur die wesentliche Bedingung, daß England sich nicht in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmische. Die Aufhebung der Blockade gegen Sowjetrußland durch Vermittlung

Schorch richtete sich auf. „Gut“, sagte er gefast, „aber meine Herren, wenn ich eine Rede halten soll, müssen wir Zeit trinken, sonst fällt mir nichts ein. Die letzte Flasche bezahle ich.“

Diese geschäftstüchtige Wendung des Schlauberger's hatte einen Ausbruch heftiger Heiterkeit zur Folge, und man gebot ihm, die ersten drei Flaschen zu stellen. Daß das Dubend im Lauf des Abends voll würde, wußte der Schorch recht wohl.

Als nun der Kopf der zehnten Flasche an die Decke schellte, da hielt man dafür, Schorch habe nun genug Geist gesammelt und müsse endlich loslegen. Der Wirt sträubte sich schon gar nicht mehr. Behend klag er auf einen Stuhl, bat um Stillschweigen, rührte sich nicht mehr und fing an:

„Meine Herren! Sie sind keine Herren (Choi), denen man einen Wunsch abschlagen kann. Darum halte ich, unvorbereitet wie ich mich habe, nun anstatt meinen Mund, eine kurze Rede, der ich Rot gebührend, nicht dem eigenen Trieb. Bravo, sehr fleißig! Meine liebwerten Herren Gäste! Unter Vorbehalt am Vorabend einer togenwürdigen Entscheidung; es soll durch die Wahl entschieden, wie künftig der Kurs gehen die höchste und heiligste Pflicht des Staatsbürgers, Partei zu ergreifen und sich auf sein vornehmstes Recht, das Wahlrecht, zu bestimmen, das uns inlautend legt, unserer inneren Ueberzeugung durch Stimmabgabe Ausdruck zu verleihen. (Zehr richtig!) Es ist aber auch unsere heilige Pflicht, uns die Frage vorzulegen, wem wir unsere Stimme geben sollen; ob wir auch einen Mann ins Parlament senden, der keinen Charakter, keinen Kenntnissen, seiner Ueberzeugung und seiner Gesinnung nach dorthin gehört, und der in hohem Maße die Interessen unseres Wahlkreises nachdrücklich zu vertreten. (Bravo!) Und nun, meine liebwerten, hochachtungsvollen Herren Gäste, bin ich in der glücklichen Lage zu sagen, unser Herr Kandidat kann es. Er ist voll und ganz die Hoffnung, die wir auf ihn setzen. Er ist der richtige Mann am richtigen Platz; er wird sein Amt ausüben zum Wohle des Volkes und zur

Autriedenheit seiner Wähler. Ist es nicht ein Mann, der ein Herz fürs Volk hat, der in allen Freiheiten der Vereinerung beliebt ist, der weiß, wo uns der Schuh drückt, und der gewillt ist, Wiststände zu beistehen und für eine gezielte Entwicklung des Wirtschaftslebens seine Hand zu bieten? Das kann wir aus den allzählenden Reihen unseres Herrn Kandidaten vernommen, die er allenthalben auf seinen Agitationsreisen gehalten hat, und der ehrliche, offene und lehrreiche Charakter unseres Herrn Kandidaten läßt uns dafür, daß er sein Verprechen auch halten wird. (Bravo!) Nach andere Gründe möchte ich anführen, wenn wir gerade unser Herr Kandidat gewählt werden muß. Er ist ein Mann von helider Bildung, von tiefem Einblick in alle Verhältnisse des praktischen Lebens, und von einer Verehrbarkeit wie kaum einer der Konkurrenten. Als ich ihn sah, was er so meisterhaft sein Programm entwarf, te, wie er verhandelt die Zuküfer zu fesseln und zu überzeugen, da jagte ich mir: Aus solchem Golze müssen die Männer geformt sein, die wir als Geheißgeber ins Parlament schicken. Und ich möchte nur wünschen, daß noch recht viele Gesinnungsgenossen unseres Herrn Kandidaten ins Parlament kommen, und der Wunsch ist ja nicht aussichtslos, denn ich glaube, daß wir diesmal ziemlich Siege erbeuten. (Lebhafter Beifall.) Daran wird auch die vorerwähnte Kampfesweise unserer Gegner nichts ändern, denen kein Mittel zu niedrig ist, um unsern allberechneten Herrn Kandidaten und unsere Partei schlecht zu machen. Bewußte Lügen und gemeine Verleumdungen sind bei unsern Gegnern an der Tagesordnung; ich bedauere, daß ich so starke Ausdrücke gebrauchen muß, aber kann man die schamlosen Wahlmänner unserer Feinde anders brandmarken? (Mein! Mein! Ganz recht so!) Das soll uns aber nicht hindern, vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken und alle Kräfte daran zu setzen, um unsern Kandidaten zum Siege zu verhelfen und die Gegner niederzustimmen. Sein Mann darf an der Urne stehen, jede Stimme ist wichtig. Und wenn uns der Sieg beidieuten ist, woran wohl niemand zweifelt, so wollen wir am Abend der Wahlschlacht uns alle ebensovollständig und in ebensovoller Einmütigkeit hier einfinden, um mit Entwürfen von Seff



# Deutschlands Ohnmacht im Auslieferungskonflikt.

Die Auslieferungfrage beschäftigt und erregt bei uns nahezu alle Gemüter. Aber im Grunde ist zu dieser Sache doch sehr wenig zu sagen, wenigstens solange, als nicht klar geworden ist, welche Schlüsse die Entente aus der gegebenen Sachlage zu ziehen gedenkt. Zum erstenmal ist das Wesen des Friedensvertrages an einem klaren Fall deutlich geworden. Der Friedensvertrag von Versailles hat Deutschland vollständig entwaffnet und es ihm unmöglich gemacht, andern als rein passiven Widerstand zu leisten. Auch zu diesem passiven Widerstand kann Deutschland erst gelangen, wenn seine Kräfte bei der Auslieferung der übernommenen Verpflichtungen...

Die Entente steht in vollen Waffen und Lebensvertrag von Versailles bietet ihr ebensolche Anlässe, wie er Artikel hat, den Kriegszustand gegen das waffenlose Deutschland wieder aufzunehmen. Sie wird sogar in formellem Recht sein, wenn sie erklärt, Deutschland habe diese oder jene Klausel des Vertrages nicht erfüllt, also sei der ganze Vertrag hinfällig geworden, und sie habe daher wieder ihre volle Handlungsfreiheit. Der juristische Kniff dieses Verfahrens ist eben der, daß man den armen Teufel Deutschland gezwungen hat, sich zu allen Leistungen zu verpflichten, selbst solchen, die er niemals erfüllen kann. Die Frage ist also nicht die, was Deutschland tun wird, sondern was die anderen tun werden, und darauf müssen sie selber Antwort geben. Bis wir die haben, wird wohl noch einige Zeit vergehen. Es werden voraussichtlich noch Noten gewechselt werden, und schließlich wird die Pariser Vorkonferenz der Entente einen Beschluß fassen. An diesem Beschluß werden die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Polens, der Tschechoslowakei, Rumäniens und Serbiens beteiligt sein, denn alle diese Regierungen haben sich an der Auslieferungssache beteiligt. Diese Regierungen werden während der Zeit der Erwägung der Beeinflussung durch die öffentliche Meinung ihrer Länder ausgeübt sind, und hier ist der einzige Punkt, an dem die deutsche Aktion, sofern es möglich ist, von einer solchen überhaupt zu reden, einleiten kann. Es ist jetzt die Aufgabe Deutschlands, die Völker Europas davon zu überzeugen, daß diese Kräfte nicht durch den bösen Willen Deutschlands entstanden ist, sondern durch die tatsächliche Unmöglichkeit, die von der Entente gestellte Forderung zu erfüllen.

Eine parlamentarische Regierung, die den Versuch macht, das Auslieferungsgeschehen zu erfüllen, ist nicht möglich, und, was das gleich hinzuzufügen, eine unparlamentarische auch nicht. Die Opposition von rechts käme für ein solches Experiment von vornherein nicht in Betracht, aber auch die Opposition von links würde sich hüten, eine derartige Aufgabe in die Hand zu nehmen. Sie weiß ganz genau, daß sie nicht imstande ist, sie zu lösen, und daß sie in dem Augenblick, in dem sie die Macht ergreift, auch schon abgewirtschaftet hätte. Seit die gesamte englische Presse steht dem Auslieferungsgeschehen heute sehr feindlich gegenüber und wenn auch noch alle Ententestaaten das Auslieferungsgeschehen unterstützen sollten, so sind doch eigentlich nur noch Frankreich und Belgien mit vollem Herzen dabei. Natürlich darf man die günstigen Umstände nicht überschätzen. Die Entente hat sich festgesetzt und kann schwer zurück. Insbesondere wird gegen jedes Einlenken die Erwägung sprechen, daß, wenn der Friedensvertrag erst einmal durchbrochen ist, auch seine weitere Revision schwerlich aufzuhalten sein wird. Unter diesen Umständen werden es die Franzosen nicht allzuüberheblich haben, die Auslieferungssache eben so sehr zu einer Interessenfrage einer Regierung als aller Mächte zu machen, und wie ein Ausweg gefunden werden wird, läßt sich heute noch nicht abschätzen. Noch immer droht uns die Gefahr, daß die Entente im Falle der Nichtauslieferung zur Volkstasche oder zum Einmarsch ins Ruhrrevier schreitet, vielleicht sogar zur Zurückhaltung der Gesandten, zu deren bedingungsloser Heimkehr sie sich allerdings verpflichtet hätte. Aber in diesem Falle bleibt uns keine Wahl als uns zu weigern, denn keine Regierung hat die politische Macht, die Auslieferung vorzunehmen, jedoch wir garnichts anderes tun können, als nach unserem besten Vermögen den Feind...

der Kooperationsverbände erscheine ihm undurchführbar. Die Alliierten müßten, wenn sie die Handelsbeziehungen mit Deutschland aufnehmen wollten, nützliche Waren liefern, z. B. Lokomotiven und landwirtschaftliche Maschinen, aber keine überflüssigen Dinge. Dafür werde Deutschland ihnen liefern, was sie selbst brauchten.

## Badische Politik.

gr. Badische Landeskonferenz. Am heutigen und an den nächsten Tagen findet im Sitzungssaal des Badischen Landtages eine Landeskonferenz statt. Die Tagesordnung umfaßt: 1. Einheitschule, 2. Lehrerbildung, 3. Beteiligung der Lehrer, Eltern und Schüler an der Schulerwaltung, 4. Körperliche Erziehung und Jugendpflege.

den Wahlsieg zu begreifen und ihn mit dem Duft seiner Johannis zu beräuchern. Da wollen wir dann in fröhlichen Stunden den Ärger und Verdruß hinunterhauen, den die Gegner uns in diesen schweren Tagen des Wahlkampfes bereitet haben. Laßt uns daher unsere Pflicht tun, damit unser verehrter Kandidat womöglich schon im ersten Wahlgang durchkommt. Dieser Hoffnung wollen wir Ausdruck geben, indem wir unsere Gläser leeren auf das Wohl unseres Kandidaten und auf das Vivat Crescat Floreat unjurer stolzen Partei. Stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: Unsere Partei und unser hochgeschätzter Herr Kandidat, sie sollen leben — hoch, hoch, hoch!

Ein tosender Beifallsturm ergriff sich, als das Hoch verlungen und die Gläser ausgetrunken waren. Wohl noch nie hat ein Redner seine ganze Zuhörerschaft zu so einmütigem, unwillkürlichem Beifall hingewiesen, wie Schorsch. Man drückte ihm gratulierend die Hände und umarmte ihn in der gehobenen Sekunde. Der Oberamtmann nennt ihn ein diplomatisches Genie, der Pfarrer einen Pfiffikus, der Reichsdeputationsrat einen satirischen Schuft. Der Notar hieß ihn weniger schmeicheltun als „Urviach“ und tanzte mit ihm um den Tisch herum. Und weil es so lachbar fabel war, blieb man noch beifammen und feierte den klugen Schorsch, der nochmals in den Keller steigen mußte, um die elfte und die zwölfte Flasche heraufzuholen. Er gehorchte und brachte im Küchler die zwei verlangten Flaschen herbei. In Wirklichkeit waren es die zusammengegossenen, von ihm eingeparteten Reste der zehn ersten. Niemand hat es gemerkt.

den zur Vernunft zu reden und wenn sie keine Annahme wollten, das Schicksal seinen Lauf nehmen zu lassen.

Angefaßt dieser Sachlage ist auch die Gegenüberstellung ganz trübselig, man dürfe nicht um des Schicksals der Wenigen willen das Schicksal der Millionen Deutschen aufs Spiel setzen. Die so reden, mögen sich einmal den folgenden nicht ganz unwahrscheinlichen Fall vorstellen: Nach dem Friedensvertrag hat die Entente das Recht, von uns die jährliche Lieferung von 40 Millionen Tonnen Kohle zu verlangen. Wenn sie die volle Menge fordert, müssen wir ihr erklären, daß wir sie zu liefern nicht in der Lage sind. Darauf hin könnte eines Tages die Entente uns summen, eine gewisse Anzahl von Personen auszuliefern, die nach ihrer Ansicht durch bolschewistische Propaganda unter den Bergarbeitern die Erhöhung der Produktion hemmen. Würden dann auch die, die jetzt wegwandernd von einer Handvoll Kriegsverbrechern sprechen, sich auf den Standpunkt stellen, daß man um der Sicherheit des übrigen deutschen Volkes willen die radikalen Bergarbeiterführer den Imperialisten und Militaristen der Entente ausliefern müsse? Würden sie dann nicht sagen, daß im Gegenteil die Ehre des deutschen Volkes und seiner Revolution uns verpflichte, auf jede Gefahr hin Nein zu sagen?

Auch alle Kritik angeblicher Verurteilungen der gegenwärtigen Regierung ist nur höchstes parteipolitische Gesäts. Nach keiner der Artikel hat jagen können, welche positiven Gegenvorschläge er denn der Entente in der Auslieferungssache hätte machen können. Wir können doch tatsächlich nicht weiter geben, als daß wir versprechen, jede Person, gegen die die Entente Anklage erheben will, von den höchsten deutschen Richtern unter Einschluss von Ententeoffizieren aburteilen zu lassen. Wir gehen damit weiter, als Serbien nach dem Morde an Franz Ferdinand gegungen ist. Daß Österreich-Ungarn damals auf der Zustimmung bestand, daß österreichische Kommissare an der Strafverfolgung der angeblich Mordverdächtigen teilnehmen sollten, ist der unmittelbare Anlaß des Weltkrieges geworden, was Deutschland jetzt freiwillig angeht, ist mehr als eine nachträgliche Rechtfertigung dieses damals von allen gerecht Denkenden als unerhört zurückgewiesenen Verlangens. Was aber die Entente von uns fordert, ist unmöglich und unhaltbar.

Die deutsche Regierung vermag auf die Auslieferungssache nichts weiter zu antworten als das Eine: wir können nicht und was dann weiter folgt, wird von der Antwort der Entente abhängen.

Der Schritt des Genossen Auer ist eine mannhafte Tat, die wir auch erwarten haben. Daß aber alle oder selbst nur ein nennenswerter Teil der auf der Liste stehenden Personen dem Genossen Auer folgen wird, ist nicht anzunehmen; auch dann nicht, wenn Prinz Rupprecht und der frühere Reichskanzler von Weismann ebenfalls gemäß ihrer früheren Erklärungen sich freiwillig stellen sollten. Von den meisten der deutschen Generäle erwarten wir den erforderlichen Mut und Opfergeist zu einer solchen Tat nicht. Selbst die aus den unteren Chargen können mit einem Necht den Einwand erheben, sie haben nur auf höhere Anweisung gehandelt, so z. B. die U-Bootkommandanten. An die freiwillige Stellung ist also nicht zu denken. Zwang anzuwenden einfach unmöglich. Und dazu kommt, daß über alle, die ausgeliefert werden oder sich freiwillig stellen, mindestens in Frankreich ein Vorgericht urteilen würde, das jedes bestehende Bestreben nach gerechter Abwägung und Prüfung demüßigen lassen würde. Erhalten die Franzosen die „Sünder“ in die Hand, dann werden sie rücksichtslos auch durch drakonische Verurteilungen die ihnen ausgelieferten zu „Verbrechern“ zu stampeln versuchen. Und vielleicht sehen dann gerade französische und andere Kriegsverbrecher über ihre besiegten Kameraden zu Gericht. Und da auch unsere Militärs, getücht auf die heimischen Erfahrungen, die Grausamkeit und Ungerechtigkeit der Militärjustiz genau kennen, kann man ihre Scheu begreifen, einer solchen Justiz sich freiwillig zu stellen.

## Republik oder Reaktion.

Die weiteren Meldungen über den Verlauf der Versammlungen am letzten Samstag und Sonntag bekräftigen den Eindruck, den wir bereits aus den ersten Nachrichten am gestrigen Morgen gewonnen hatten. Im großen und ganzen waren die Versammlungen gut besucht, einige waren überfüllt, die Stimmung war überall die beste, unsere Redner ernteten stürmischen Beifall. In einigen weniger Fällen hätte der Besuch besser sein dürfen, hier ist es Aufgabe der örtlichen Parteigenossen nach dem Rechten zu sehen und mit erhöhtem Eifer an die Arbeit zu gehen, damit das nächstmal die Scharte ausgeweitet wird. — Die an die Reden anschließenden Ausführungen bewegten sich meist in zutimmendem Sinne. Gegner von rechts meldeten sich nur sehr selten zu Worte. Größtes Interesse brachten aber offenbar die Herren Unabhängigen in unsern Versammlungen entgegen. In verschiedenen Orten erheben die Herren, sogar von außerhalb bemühten sie sich hierbei, um ihre Sprüche gegen die Sozialdemokratie herunterzulassen. Daß sie, wenn ihre wenige Weisheit verpackt war, verschiedentlich dann zu den ihnen mehr liegenden Kampfmitteln des Schimpfens und Nadaumachens griffen, erkaunt niemand, der ihre Agitationsmethoden kennt. Unsere Redner führten die Herrschaften aber jeweils gebührend ab.

r. Forchheim, 8. Febr. In einer gut besuchten Versammlung sprach Gen. Müller-Weid über „Republik und Reaktion“. Das Referat fand lebhaften Anklang; in der Diskussion ritt der U.S.P.-Führer A. Leicht, wie immer, sein altes Stiefchen; Genosse Müller-Weid stellte die Ausführungen des A. Leicht ins richtige Licht und so fielen die hohlen, leeren Phrasen des Leicht in sich zusammen.

n. Gröningen, 9. Febr. Hier sprach in gut besuchter öffentlicher Volksversammlung Gen. Stadtrat Dr. Pullmann (Karlsruhe). Die Ausführungen des Redners wurden mit starkem Beifall aufgenommen; als erster Erfolg sind eine Anzahl Neuaufnahmen in die Partei und Abonnenten der Parteipresse zu buchen.

g. Bergheim, 8. Febr. Die am gestrigen Abend stattgefundene öffentliche Volksversammlung hatte einen besseren Besuch seitens der hiesigen Arbeiterklasse aufzuweisen dürfen. Genosse Schön hielt ein vorzügliches, gut aufgebautes Referat über Republik oder Reaktion und erntete den wohlverdienten Beifall der Versammlung. Die Diskussion

betonte sich im Sinne des Referenten; es wurde eine Anzahl Parteimitglieder, sowie Leser der Parteipresse gewonnen. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für sein Referat und kritisierte die Interessenlosigkeit der hiesigen Arbeiterchaft.

z. Hoheneckersbach, 8. Febr. Sonntag, 8. d. M., fand in der Wirtschaft zur „Hoheneck“ eine sehr gut besuchte öffentliche Volksversammlung statt. Genossin Abg. Frau Fischer (Karlsruhe) referierte über „Republik oder Reaktion“ und erntete mit ihren Ausführungen allgemeinen reichen Beifall. Gen. Schäfer schloß die Versammlung mit der Mahnung, daß jeder Anwesende Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sein sollte und außerdem Abonnent des „Volksfreund“ werden müßte.

\* Gegenstein, 8. Febr. In öffentlicher Versammlung sprach heute Parteisekretär und M. d. d. N. Gen. Oskar Trinius über „Republik oder Reaktion“. In schlichten, klaren Worten zeigte der Redner, wie es war, wie es ist und wie es werden soll. Dabei zeigte er, wie einerseits das Parteipolitisch unüberändert geblieben ist, wie aber andererseits die Parteipolitik auch nicht den Boden der Tatsachen verlassen hat und nie verlassen wird. Es ist Pflicht aller fortschrittlich gesinnten Bürger, im Kampfe gegen die Reaktion die Reihen zu schließen. Gemeinderat Walz forderte deshalb die Anwesenden auf, dem örtlichen Parteiverein beizutreten und den „Volksfreund“ zu lesen. In seinem Schlusswort wies der Referent auf das Fehlen der Frauen hin und begründete seine Hoffnung, daß sich künftig auch das weibliche Geschlecht an den Versammlungen beteiligen wird. — Die Versammlung verlief würdig und erregte sich in Rücksicht auf andere gleichzeitige Veranstaltungen — eines sehr guten Besuchs.

N. Ruckheim, 9. Febr. Auch hier fand Sonntag nachmittag eine öffentliche Versammlung statt, in der Stadtv. Gen. Fischer (Karlsruhe) sprach. In klaren, packenden Ausführungen schilderte der Redner die gegenwärtige politische Lage und zeichnete den Weg, den die arbeitende Bevölkerung Deutschlands gehen muß, um sich die erworbenen Rechte zu erhalten und weiter auszubauen. Seine Ausführungen fanden allseitigen Beifall. Auch zwei Diskussionsredner der U.S.P. stimmten in den wesentlichen Punkten dem Redner zu, wenn auch ihre sonstigen Ausführungen recht unklar waren. Die Versammlung wird der sozialdemokratischen Partei weitere Früchte tragen.

h. Bentheim, 8. Febr. Am Samstag abend 8 Uhr fand im Gasthaus zur „Sonne“ eine öffentliche Volksversammlung statt, zu der Genosse Ritschli aus Karlsruhe als Redner erschienen war und mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall erntete. In der Aussprache ergriff Gen. Vader das Wort, um besonders auf die Agitation für Partei und für die Parteipresse hinzuweisen. Leider ist festzustellen, daß das Interesse für Versammlungen bei der Landbevölkerung fehlt. Die Landwirte hatten sich sehr schlecht eingefunden.

i. Hiltstätt, 8. Febr. Vor einer gut besuchten Versammlung sprach heute Landtagsabg. Kurz-Gröningen über Republik oder Reaktion. Redner führte in seinen 1 1/2 stündigen Ausführungen den Anwesenden die Arbeit der demokratischen Regierung vor Augen und wies dann auf die Gefahren hin, die die etwa aus Ruder kommende Reaktion für das deutsche Wirtschaftsleben bedeuten würde. Es wurden einige Mitglieder für die Partei sowie einige Abonnenten für die Arbeiterpresse gewonnen. Eine Teilverammlung ergab 40,25 M.

m. In Forst und Svöd sprach Genosse Hauptlehrer Meyer-Weingarten vor zahlreicher Hörerschaft (Forst 100 und Svöd etwa 60) in 1 1/2 stündigen Ausführungen über das Thema „Republik oder Reaktion“ und fand mit ihrer großen Zustimmung. In beiden Orten schloß sich eine vortägliche Diskussion an.

g. Bretten, 9. Febr. Die öffentliche Versammlung, die auf letzten Samstag von uns einberufen, war außerordentlich stark besucht. Genosse Stöckinger entlegte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Rede, indem er die Gefahren, die uns von rechts drohen in richtigen Worten darlegte. Auf die Auslieferungssache eingehend, beurteilte er scharf die Forderung unserer Gegner. Der reiche Beifall zeigte, daß Stöckinger den Versammelten aus dem Herzen gesprochen hatte. Von der Aussprache wurde von den Gegnern nicht Gebrauch gemacht; von unserer Seite stellte Genosse Menzel die Unterstellung der hiesigen „Süddeutschen Zeitung“ richtig, die ganz led behauptet hat, Menzel sei als Diskussionsredner für den Schuh der Schieber eingetreten, was natürlich ein glatter Schwindel ist. Um 11 1/2 Uhr konnte Gen. Munding die interessant verlaufene Versammlung mit der Aufforderung zum Beitritt in die Organisation und zum Abonnement des „Volksfreund“ schließen.

z. Langenbuch, 9. Febr. Das vortägliche Referat des Genossen K. F. N. (Müllerr) hätte eigentlich einen besseren Besuch verdient. Doch dürfte der 1 1/2 stündige Vortrag auf den Umständen zurückzuführen sein, daß zur gleichen Zeit eine vom Metallarbeiterverband einberufene Versammlung stattfand; wir möchten doch für die Zukunft eine beiderseitige Verständigung vorschlagen.

i. Malsch, 9. Febr. Im „Malschberg“-Saal sprach in einer einigermassen gut besuchten Versammlung Gen. Eisenbahnsekretär Beech (Karlsruhe) über das Thema: „Republik oder Reaktion“. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich einige Unabhängige in „ortsüblicher“ Weise mit Schlagwörtern und Schimpfereien.

Kastatt, 8. Febr. Die von unserer Partei auf gestern abend in den Ankerjahl einberufene öffentliche Versammlung war bedauerlicherweise nur mäßig besucht. Genosse Stadtv. Eisenbahnsekretär Beech aus Karlsruhe sprach über „Republik oder Reaktion“. Redner legte in großzügiger, wohl durchdachter Art den aufmerksamen Zuhörern seine Gedanken dar. An die erhebenden Ausführungen des Referenten schloß sich eine sachliche Aussprache. Von einem Redner der Rechten, von dem man allerdings nicht recht wissen konnte, ob er im Auftrage einer Partei oder als Eingänger sprach, wurde hauptsächlich betont, die Sozialdemokratie müsse beweisen, ob sie gut zu regieren verstehe, bis jetzt habe sie das nicht bewiesen. Es fehlte ihr an Intelligenz. Scharfer angegriffen wurde die Sozialdemokratie und die jetzige Regierung von dem Redner der U.S.P. Als guter Diskussionsredner zeigte sich noch unser Genosse Spatz. In seinem Schlusswort trat Gen. Beech aus seiner vorherigen Reizherde heraus und erteilte insbesondere dem Redner von rechts eine treffliche Abfuhr. Daß er auch gegen unsere früheren Genossen von links, gegen Arbeiter, kämpfen müsse, bezeichnete der Redner als schmerzlich, er blieb den Herren aber nichts schuldig. Die Versammlung hätte einen Massenbesuch verdient. Es ist höchste Zeit, daß die Kastatter Genossen und Genossen an ihrer Gleichgültigkeit erwachen. Am kommenden Samstag, 14. Febr.,







Kleine Nachrichten.

Infolge Streiks der Drucker erscheinen die hiesigen Zeitungen mit Ausnahme der sozialdemokratischen Rheinischen Zeitung nicht.
Neuwied. Die amtliche Schätzung der Hochwasserchäden in Rheinland-Uberflutungsgebiet beträgt sich nach Schätzung der zuständigen Stelle auf 120 Millionen Mark.

Rechte Nachrichten.

Erhard Auer nicht auf der Liste.

Wie der „Vorwärts“ zuverlässig berichtet, handelt es sich im Falle des von der Entente geforderten Auer um einen Major Auer, also nicht um unseren Parteigenossen Erhard Auer.
Desshalb wurde von diesem Schwerverst. der Samstagabend in Berlin bekannt wurde, schon dröhnend verständigt.

Reichsminister Müller gegen die Feste der Entente.

W.B. Berlin, 10. Febr. In einem dem Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ gewährten Interview bewahrte sich der Minister des Auswärtigen Hermann Müller mit großer Entschiedenheit gegen die in der Entente-Presse immer wieder aufgestellte Behauptung, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht erfüllen wolle und bisher so gut wie nichts geleistet habe.
Nach den Schätzungen der deutschen Zentralbehörde, bei denen der Wert am Zeitpunkte der Leistungen auf Goldmark geschätzt worden ist, sind bisher folgende Leistungen bewirkt worden: 1. Saargruben 1000 Millionen Goldmark, 2. liquidierte deutsche Unternehmen im Ausland 12 000 Millionen Goldmark, 3. Reichs- und Staatsanleihen im abgetretenen Gebiet 6600 Millionen Goldmark, 4. Handelsflotte 6250 Millionen Goldmark, 5. Naturschulungen an Kohlen 240 Millionen, Maschinen 150 Millionen, Eisenbahnmateriale 750 Millionen, Kabel 66 Millionen Goldmark, 6. Zurückgelassene Staats- und Kreisgüter, soweit es nicht unmittelbaren Kampfscharakter trägt, 7000 Millionen Goldmark, 7. Bisherige Kosten für das Befehlshauptquartier 666 Millionen Goldmark. Die Summe dieser Leistungen beträgt 36 722 Millionen Goldmark.

Lann nicht die schweren Lasten der Wiedergutmachung erfüllen. Die deutsche Volkswirtschaft braucht dringend Kredite und Rohstoffe.

Merkwürdiger Gefangenentransport.

Bern, 9. Febr. Der bereits gemeldete Zwischenfall, den in Basel die unaufgeklärte Rationalität eines Kriegsgefangenen-transportes verursacht hatte, hat dank dem lokalen Entgegenkommen der Schweizer Behörde eine rasche und befriedigende Lösung gefunden.
In Basle wurde im Besitz eines Vertreters der deutschen Gesandtschaft eine Abstimmung unter den Anführern des Transportes vorgenommen, wobei sich 800 als deutsche Reichsangehörige bezeichneten, während sich die übrigen 200 als Polen bekannten. Der Bundesrat hat daraufhin angeordnet, daß der Transport auf schweizerischem Gebiet aufzulösen sei. Die 800 Mann, die die Heimführung nach Deutschland verlangt hatten, werden in Konstanz der deutschen Behörde übergeben. Die übrigen 200 Mann werden die Reise über Oesterreich nach Polen fortsetzen.

Trotsky legt den Oberbefehl nieder.

Seltingers, 10. Febr. Nach den letzten aus Rußland eingetroffenen Nachrichten soll Trotsky das Volkskommissariat für Transport- und Versorgungsweesen übernehmen. General Polinoow das Kriegsministerium. Den Generalen Ewert und Ananow wurde das Kommando über die Truppen in Sibirien bzw. Turkestan übertragen.

Verantwortlich: Alle Zeitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Aabel; für Politische Politik: Aus der Partei, Kommunales, Sozialist und Sozialisten Hermann Winter; für den Angelegenheit Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Littenstraße 24.

Vereinsanzeigen.

Ottens im Muratel, (Naturfreunde.) Unsere Monatsversammlung findet am Donnerstag, den 12. Februar, statt. Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht. Freunde und Gönner unserer Sache sind freundlichst eingeladen. Die Ortsgruppenleitung.

Wassersport der Rheina.

Schiffahrt: 158, gest. 3; Febr 247, gest. 2; Maxon 499, gest. 11, Rammstein 370, gest. 22 Zentimeter.

Billiger wie von Auswärts!

Schön geschlitzte Schwarzwälder Uhr

nebst Weiterhändchen. Preis nur 12 Mark. Die Uhr ist geölt und reguliert (1 Jahr Garantie).

Verband-Geschäft C. Giersberg, Karlsruhe-Mühlburg, Sternstraße 1 (Laden). Nach Auswärts Porto extra.

Wegen Platzmangel billig zu verkaufen, einfache Betten, ein- und zweistöckige Schränke, schöne tadel. Küche Kommode, Sofa, Waldschokolade mit Karamor und Spiegel, feinsteische, Zimmerleuchte etc.

Häuser

mit und ohne Geschäfte, gleich welcher Lage, sofort zu kaufen gesucht.

Mog Busam

Elegante Möbel, Herren- und Damenkleider, etc.

Kaufe neue und gebrauchte Möbel zu hohen Preisen.

Kaufe neue und gebrauchte Möbel zu hohen Preisen.

Kaufe neue und gebrauchte Möbel zu hohen Preisen.

Kaufe neue und gebrauchte Möbel zu hohen Preisen.

Wehlätigkeitssauführung zugunsten der Bad. Kriegsgefangenenfürsorge

Freitag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im evang. Gemeindehaus, Blücherstr. 20 mit Musik-Vorträgen und Theater-Aufführungen (Siehe Programm).

Eintrittskarten zu Mk. 3.-, 2.- und 1.- in der Musikalienhandlung P. Müller, Kaiserstraße und an der Abendkasse ab 1/7 Uhr (Saal und Gallerieöffnung).

Badisches Landestheater.

Die glückliche Insel

Operette in einem Akt frei nach J. Offenbach. Text von Oskar Blumenenthal. Musik unter Benützung Offenbachscher Motive von Leopold Schmidt.

Die Jahreszeiten der Liebe

Vier Altwiener Tanzbilder von H. Regal. Musik von Franz Schubert. Eingelichtet von J. Lehner. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Wecker

Wand-Uhren, Taschen-Uhren, großer Auswahl in Friedens-Ausführung neu eingetroffen.

Rüchen- u. Hausmädchen

für Wirtschafts-Betrieb zum sofortigen Eintritt gesucht. Lohn M. 125.- bei freier Station.

Städt. Arbeitsamt

Fachabteilung für das Hotel- und Wirtschaftsgewerbe Röhlingerstraße 98 (Erdgeschoss).

Möbelschreiner u. Bildhauer

finden dauernde lohnende Beschäftigung bei Gebr. Himmelheber Möbelfabrik, Karlsruhe i. B.

Die Sonntagsschule im Handelsgewerbe im Landkreis Karlsruhe-Land betr.

Nach § 105 b Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung in der Fassung des Art I der Verordnung der Reichsregierung vom 5. 2. 1919 dürfen Schülern, Lehrlingen und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden und darf demzufolge nach § 41 a der Gewerbe-Ordnung an diesen Tagen ein Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen nicht stattfinden.

Von diesen Bestimmungen werden gemäß §§ 105 b Abs. 2 und 105 e der Gewerbe-Ordnung, soweit erforderlich mit Zustimmung des Bezirksrats, für den Landkreis Karlsruhe folgende Ausnahmen zugelassen:

I. Eine Beschäftigung von Schülern, Lehrlingen und Arbeitern und eine Offenhaltung der Verkaufsstellen darf stattfinden:

- 1. allgemein im Handelsgewerbe a) an den letzten 3 Sonntagen vor Weihnachten, b) am Kirchweihsonntag, c) an weiteren 3 Sonn- oder festlichen Feiertagen im Jahre, welche auf Antrag der einzelnen Gemeinden von dem Bezirksamt von Fall zu Fall als Ausnahmelage bestimmt werden, jeweils von 7-9 Uhr vormittags und 12-4 Uhr nachmittags; 2. in den sogenannten Bedürfnisgewerben an allen Sonn- und Festtagen mit Ausnahme des ersten Osters-, Pfingst- und Weihnachtstages von 7-9 Uhr vormittags.

Als Bedürfnisgewerbe gelten: Metzgereien und Wurstereien, Bäckereien, Konditoreien und Geschäfte, in denen ausschließlich mit Brot und Pastwaren gehandelt wird, Fleischerwaren- und Zigarrenschäfte, Verkaufsläden von Frischmilch.

In den zugelassenen Geschäftsstunden dürfen nur die zu den obengenannten Betrieben gehörigen Waren festgehalten werden, während der Verkauf von Waren, welche ihrer Natur nach nicht zu den in Frage stehenden Geschäftsbetrieben gehören, untersagt ist.

Der Gewerbebetrieb im Umherziehen, soweit er unter § 55 Abs. 1 Abs. 1-3 der Gewerbe-Ordnung fällt, sowie der Gewerbebetrieb bei in § 42 b der Gewerbe-Ordnung bezeichneten Personen ist an Sonn- und Festtagen verboten.

Das Festhalten und der Verkauf von Dreheisen, Obst und Blumen auf öffentlichen Straßen und Plätzen sowie in Wirtschaften ist jedoch an den in Abs. 1 u. 2 für den feststehenden Gewerbebetrieb freigegebenen Tagen und Stunden gestattet, in dem gleichen Umfang an dem Kirchweihsonntag der Verkauf von Gemüsmitteln aller Art, insbesondere Zunderwaren und Ziggarten, und von Kinderpielwaren.

III. Auf Gast- und Speisewirtschaftsgewerbe, Aufführungen, Schaulustigen, theatralische Vorstellungen und sonstige Lustbarkeiten sowie auf Verkehrsgewerbe finden die über die Sonntagsschule getroffenen Bestimmungen keine Anwendung. Die Arbeiter in diesen Gewerben dürfen aber an Sonn- und Festtagen nur zu solchen Arbeiten verpflichtet werden, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten.

Die Offenhaltung von Verkaufsstellen, in denen gewerbsmäßig Mineralwasser zu unmittelbarem Genus an das Publikum abgegeben wird, ist an Sonn- und Festtagen mit Ausnahme des ersten Osters-, Pfingst- und Weihnachtstages in der Zeit von 7 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends gestattet. Jedoch darf in dieser Zeit nur ein Verkauf von Mineralwasser zum unmittelbaren Genus an Ort und Stelle stattfinden, soweit nicht für die sonst festgehaltenen Gegenstände die oben unter Abs. 1 I und 2 zugelassenen Ausnahmen in Betracht kommen.

IV. Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Karlsruhe, den 5. Februar 1920. D. 3. 46 Bezirksamt II.

Maus- und Kleinfestung betr.

In der Gemeinde Hochstetten ist die Maus- und Kleinfestung angebrochen. Sperrbezirk bildet die Gemeinde Hochstetten. Der Durchtrieb von Kleinfestungen durch Hochstetten ist verboten. D. 3. 49

Zahlungs-Aufforderung.

Das zur Zahlung verfallene Schulgeld für das II. Drittjahr 1919/20 für die: Buchschule, Humboldtstraße, Eber-Waldschule, Reichschule, Fichtelschule, Pflanzschule, Handelsschule (Hohenzollernstraße) sowie für das III. Drittjahr 1919/20 für die Gewerbeschule 4. (Freiwilrige Klasse, Handelschule, Hohenzollernstraße, etc.)

Rückzahlung dieser Schulden hat der Schuldner in dem Schulgeldforderungsbüchel angegebene Verfallensdauer zu beachten, außerdem möchte gegen die säumigen Schuldner Zwangsverfügung angedroht werden. Zahlungen wollen bar gelöst an Volkshaus Nr. 3 Karlsruhe und an Postkonto Nr. 96 der Stadt Sparkasse geleistet werden. Karlsruhe, den 30. Januar 1920. Schulkasse.

Bruchjaler Anzeigen.

Brot-Versorgung.

Nach Mitteilung der Reichsbrotbehörde ist die Tageskostung an Mehl für die versorgungsberechtigte Bevölkerung vom 9. Februar 1920 ab bis auf Weiteres auf 200 g festgesetzt. Vom gleichen Tage sind an Reichsbrotmarken für jeden Persontag je 6 Stück auszugeben über zusammen 250 g Gebäck.

Städt. Lebensmittel-Verkauf.

Am Mittwoch, den 11. Februar, bei 8 Uhr, 1. Ede Durlacher- und Ritterstraße, an die Buchstaben A und B gegen die Fettmarkte B je 100 Gramm, das Pfund zu 15 Mark. Karlsruhe, den 10. Februar 1920. Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Bruchsal-Stadt.

Offenburger Anzeigen.

Die Geschäftsräume der Fleischversorgung des Kommunalverbandes Offenburg-Stadt

befinden sich von jetzt ab beim städt. Lebensmittelamt, Hauptstraße 77 II, Zimmer Nr. 4.

Lebensmittel-Versorgung.

Ab Mittwoch, den 11. Februar, wird verkauft: Nibele (1 Pfund 1,18 M.) Kopfmenge 60 Gramm gegen die Lebensmittelmarkte B 28. Gruppen (1 Pfund 71 M.) Kopfmenge 100 Gramm gegen die Lebensmittelmarkte B 29.

Ferner in der städtischen Fruchthalle von 8-12 Uhr vormittags: Normelade: 1 Pfund 2,60 M., frei verkäuflich. Piemontäcker Zwiebeln: 1 Pfund 1,45 M. gegen die Hauswirtschaftsmarkte Nr. 2 der Ausweisliste. An die Reihe kommen Ausweisnummern 1501-3000. Zur Verteilung kommt 1 Pfund auf die Familie.

Ab Donnerstag, den 12. Februar, wird verkauft: Margarine (1 Pfund 6,30 M.) Kopfmenge 100 Gramm, gegen die Stammliste der Fettkarte Nr. 2 in sämtlichen Fettverkaufsstellen. Anmerkung für die Handlungen: Margarine wird Mittwoch nachmittags 2-4 Uhr in der Stadt. Milchzentrale abgegeben. Gefäße sind mitzubringen. Städt. Lebensmittelamt Offenburg.



### Soziald. Verein Karlsruhe.

Mittwoch den 11. d. M., abends 7/8 Uhr, findet im Saale zum „Elefanten“, Kaiserstr. 42

## Hauptversammlung

Tagungsordnung:

1. Vortrag des Genossen Schöpflin, Mitgl. der Nationalversammlung, über das Thema: „Vor schweren Kämpfen“.

2. Vorschlag eines Kandidaten für die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Hierzu sind die Genossinnen und Genossen zu zahlreichem Besuch freundlich eingeladen.

Der Vorstand.

NB. Vor der Versammlung im selben Lokale um 6 Uhr Vorstandssitzung. 8416

### Badischer Kunstverein e. V.

Karlsruhe, Waldstraße 3, Fernruf 26.

Beöffnet: Vormittags Werktag von 10-11 Uhr — Sonntags und Feiertags von 11-12 Uhr — ferner nachmittags im Sommer von 3-5 Uhr, im Winter von 2-4 Uhr (nach jeweiliger Bekanntmachung) — und Sonn- und Feiertags stets von 2-4 Uhr.

Von Anfang Juli — Anfang September bleiben die Ausstellungsräume nach jeweiliger Bekanntmachung geschlossen.

Wechselnde Ausstellungen von Delgemälden, Graphik und Plastik hiesiger und auswärtiger Künstler mit 3-4 wöchentlicher Zeitdauer.

Bereitwillige kostenlose Auskunft für Kunstliebhaber.

Bermittlung von An- und Verkäufen ausgefertigter, sowie nicht in der Ausstellung befindlicher Werke — auch für Nichtmitglieder — zu feststehenden von Verkäufer zu tragenden geringen Gebühren.

Aufnahme von Mitgliedern durch mündliche oder schriftliche Anmeldung jederzeit. Jahresbeitrag für die Mitgliedschaft 12 M., Beisitzer, auch für mehrere un- selbstständige Familienmitglieder 1 M. Nach dem 1. September zutretende Mitglieder zahlen 4 bzw. 6 M.

Jährliche Verlosung von Anrechenzeichen unter die Mitglieder, die dem Gewinner ermöglichen, sich aus den Ausstellungen ein ihm gefallendes Werk unter etwaiger Aufzahlung des Mehrpreises auszuwählen.

Bei Erwerb mehrerer Mitgliedschaften von ein und derselben Person Erhöhung der Gewinnmöglichkeit der Zahl der erworbenen Mitgliedschaften entsprechend.

Jährliche Vereinsgabe, gelegentliche Sonderverlosungen.

Eintrittspreis für Nichtmitglieder 0,50 M. Auflage von verschiedenen Kunstzeitschriften und Tageszeitungen.

An die Einzahlung der Mitgliederbeiträge für das Jahr 1920 wird nochmals erinnert.

### Verein Volksbildung e. V. Karlsruhe.

Sonntag, den 15. Februar 1920, nachmittags 2 Uhr, findet im Landestheater eine Theatervorstellung statt, und zwar:

## „Die drei Zwillinge“.

Die Eintrittskarten hierzu werden verkauft für die persönlichen Mitglieder in der Geschäftsstelle des Vereins, Adamielstr. 67, von Donnerstag, den 12. Februar an täglich von 2-6 Uhr.

Preise der Plätze: Nr. 2.-, 1,60, 1,50, 1,20, 80, 60, 40 und 20 Pf.

Abgezahltes Geld ist mitzubringen. Vorbestellungen, auch schriftliche, werden nicht entgegengenommen.

Für die Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, und in der Restaura- zur „Goldenen Krone“, Amalienstraße 16, für die Eisenbahnhauptwerkstätte in der Restaura- zum „Auerhahn“.

Für den Verband freiw. Hilfsklassen in der Restaura- zur „Vollschicht“.

Jeweils Mittwoch, den 11. Februar, abends 7 Uhr, Geschäftsstelle des Vereins Volksbildung, 1708

### Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen.

Bezirksgruppe Karlsruhe, Beierheimer Allee 10.

## Schuh-Verkauf.

Ab Dienstag, vormittags 10 Uhr werden auf unserer Geschäftsstelle ein großer Posten preiswerter Schuhe verkauft. 1701 Die Verkaufskommission.

### Tierschutzverein Karlsruhe

## Hauptversammlung

Mittwoch, 11. Februar, abends punkt 7 1/2 Uhr, Anschließend Vortrag: Der Mannheimer Hund „Nosi“.

Damen und Gäste willkommen. 1703

### Rechtsauskunftsstelle d. Gewerkschaftskart.

Die Sprechstunden der Rechtsauskunftsstelle finden jeden Mittwoch nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt.

## Fango-Kuranstalt

Friedrichsbad, 1008 Lokale Fango-Applikationen gegen Rheumatismus, Gicht, Neuralgie, Ischias, besonders wirksam zur Resorption aller Exsudate, namentlich bei chronischen Frauenkrankheiten.

## Achtung! Fleischbezug!

Meiner werthen Kundschaf sowie der verehrl. Einwohnerschaf von Karlsruhe zur gest. Nachricht, daß ich mein Geschäft zur Entgegennahme von

## Fleisch und Wurst

ab Montag den 9. bis einschließl. Donnerstag den 12. ds. Mts. in der Zeit von 8-12 und von 2-6 Uhr an

offen habe. Ich werde mich bemühen, das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen auch weiterhin zu rechtfertigen und die verehrl. Kundschaf nach besten Kräften zu bedienen. 1699

Hochachtungsvoll

## David Reutlinger

Wegerei und Wursterei mit elektr. Betrieb Adlerstraße 3 — Telefon 291.

## Pfannkuch & Co

Für die bewirtschafteten

## Lebensmittel

ist laut Bekanntmachung des Nahrungsmitel-Amtes der Stadt Karlsruhe das

## Bestell-Verfahren

eingeführt werden. Unsere Kundschaf wird gebeten, von den ausgegebenen neuen Lebensmittel-

marken:

- a) die Abschnitte I, b) die Kopfabchnitte der Fettmarken, c) die Bestellabschnitte für die neuen Haushaltmarken

in unseren Verkaufsstellen abzugeben. Die dazu gehörigen Aus-

weise werden dort abgestempelt und bleiben in den Händen der Kundschaf als Ausweis für den

Empfang der bestellten Waren.

Wer rechtzeitig bestellt und frühzeitig abbestellen läßt, sichert sich pünktliche

Lieferung. 1666

Donnerstag, 12. Febr. ist der letzte Tag für Annahme

der Bestellungen.

## Pfannkuch & Co

G. m. b. H.

### Vereinigte Berufs-Beratungsstelle für Frauen und Mädchen

beim Städt. Arbeitsamt Jähringerstr. 100 Zimmer 12

Sprechstunden täglich von 9-12 Uhr vormittags u. 2-4 Uhr nachmittags

Badischer Frauen-Berein Evang. Frauenvereinigung

Nationaler Frauendienst :: 1008

## Groß-Circus-Schau Carl Holzmüller

Karlsruhe Ausstellungshalle — Telefon 4870 — Haltestelle der Strassenbahn.

Heute Dienstag, 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr

## Das Riesenweltstadt-Programm

Morgen Mittwoch, den 11. Februar: 8 1/2 Uhr nachm.: Kinder- und Familien-

Vorstellung mit gleichwertigem Spielplan. Kinder zahlen zu dieser Vorstellung halbe Eintrittspreise.

7 1/2 Uhr abends: Wiederholung des Eröffnungs-Programms.

Preise der Plätze einschliesslich Steuer:

Logenort	Spreitort	I. Platz	II. Platz	III. Platz	Galerie
M. 8.-	M. 7.-	M. 6.-	M. 4.50	M. 3.50	M. 2.20

Vorverkauf im Zigarrenhaus Josef Meyle, Kaiserstrasse 141, Ecke Marktplatz, Tel. 450, von 9 Uhr morgens ab ununterbrochen ansonst

Sonntags und an der Circuskasse täglich ab 10 Uhr morgens.

Täglich morgens 10 Uhr Raubtier- u. Pferdeproben. Eintritt 1 Mark. Telefonisch bestellte Eintrittskarten müssen spätestens 1 Stunde vor Beginn der Vorstellung abgeholt sein.

## Anfang April d. J. verlosen wir aus Zinsüberschüssen

## 10000 Mark.

Daran nehmen alle gelben Gutscheine teil, die bis 31. März ds. Js. für eingelagerte graue Spar-Bücher verausgabt worden sind.

Bücher zum Einkleben von Sparmarken sind in unserer Geschäftsstelle, Waldstr. 6, und bei unseren durch Schild

erkennlichen Mitgliedern erhältlich. 1700

## Rabatt-Spar-Verein Karlsruhe.

Schutzverein für Handel und Gewerbe, e. V.

## Bestell-Verfahren.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß die Bestellabschnitte der Lebensmittelmarken, der Haushaltmarken, der Fettmarken und der Fleischmarken bis spätestens

Donnerstag, den 12. Februar 1920 in den Geschäften, bei welchen vom 23. Februar an die betreffenden Lebensmittel bezogen werden sollen, abgeliefert sein müssen.

Die Geschäftsinhaber haben die abgelieferten Abschnitte bis spätestens

Samstag, den 14. Februar 1920 mittags 12 Uhr bei unserer Markenrechnung abzugeben. 389

Karlsruhe, den 9. Februar 1920. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

## Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse Mittwoch, den 11. Februar, bis Freitag, den 13. Februar 1920, in den Fettverkaufsstellen Nr. 181 bis einschließl. Nr. 186 an die dort

eingetragene Kundschaf, gegen die Warenmarke 181. Kopfmenge 1/4 Pfund. Preis M. 2.40 für das Pfund. 390

Karlsruhe, den 9. Februar 1920. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe. Städt. Milchamt: i. S.: Gauß.

## Union-Theater

Kaiserstrasse 211. Ab heute bis einschließl. Freitag! Extra ausverwählter Riesenspielplan

## Der Friedensreifer

Historisches Zeitgemälde in einem Vorspiel und fünf Akten nach Motiven von Dr. Friedrich Castelle.

Der Film spielt zur Zeit des Westfälischen Friedens, der den 30jährigen Krieg (1618-1648) beendete.

In der Titelrolle: Werner Krauß.

## Die Herrin der Welt

Film-Zyklus in acht Abteilungen nach dem gleichnamigen Roman von Karl Figdor

III. Abteilung: Der Rabi von Kuan-Fu

Künstlerische Oberleitung: Joe May. Dekorative Ausgestaltung: Martin Jacoby-Boy. 1705

In den Hauptrollen: Maud Gregaards, Mia May, Konsul Madsen, Michael Bohnen, Dr. Klen-Lung, Henry Sze

## Standesbund-Ausgabe der Stadt Karlsruhe

Geschicklungen. Oster Willing von Erlangen, Rechts-

anwalt in Heberlingen, mit Elisabeth Keller von Otten-

höfen. Heinrich Hofmann von hier, Schlosser hier, mit Stefanie

Jacob von hier. Heinrich Koch von Eberbach, Schriftfeger hier,

mit Luise Birkenmeier Witwe, von Ludwigsburg, Gustav

Haberborn d. Durlach, Straßenbahninspizor hier, mit Bertha

Gehring von Forchheim. Karl Heberlein von hier, Eisen-

gehber hier, mit Karoline Galt von Diefenbach. Hermann

Brugger von hier, Walter, junger Sergt. in Heilbronn,

mit Erna Wegmann von hier. Carl Grebe von Nendeburg,

Schlosser hier, mit Sofie Honold Witwe, von Gutingen. Max

Rädle von hier, Fabrikarbeiter, hier, mit Anna Maria Witwe,

von Eßlingen. Ludwig Walter von hier, Bergarbeiter hier,

mit Luise Johanna Witwe von Waldshut. Erwin Schering

von hier, Bergarbeiter hier, mit Elisabeth Köhler von hier.

Karl Knack von hier, Metzger hier, mit Friederike in Oppenau

mit Gottlieb Wadmann von hier. Jakob Bätner von

Rannh. Waldhof, Registrator hier, mit Anna Lindenlaub

von Heilbronn. Vet. Velchner von Bergabern, Bahnarbeiter

hier, mit Josefine Köhler Witwe. von Singen. Max Weinger

von hier, Bildner hier, mit Maria Dellmuth v. Siegelbach,

Bernhard Fährle v. Bueibach, Kaufmann in Eßlingen, mit

Bertha Wirth von hier. Wilhelm Heim von Durlach, Schuh-

macher hier, mit Friederike Schelling von Durlach.

Oskar Hebert von Heide, Buchhändler hier, mit

Sofie Schmitt von Eßlingen. Emil Almenbinger von hier,

Bauarbeiter hier, mit Lisa Karwig von hier. Friedrich

Cyber von hier, Architekt hier, mit Margitta Horrer von

Freiburg. Heinrich Gut-geßel von Durlach, Zahn-

techniker hier, mit Clara Naumann von hier. Zaher

Lang von hier, Unteroffizier hier, mit Ida Kräß von hier.

Wilhelm Kaiser von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Pauline

Kubber von hier. Kubber. Margaritha Emilie

Marquardt, Vater Verthold Friedrich, Bergarbeiter, Ge-

org. Oskar, Vater Edwin Schwall, Kaufmann. Anton

Bruno, Vater Rud. Gramlich, Schuhmacher. Hans Martin

Friedrich Helm, Vater Hans Hemmer, Pastor. Cecilie

Veronica, Vater Joh. Ciché, Gärtner. Elise Maria, Vater

Ernst Schöpflin, Berwalts-Sekretär. Hans Günther, B.

Dr. Martin Hehlberger, Dr. Dr. Robert und Gertrud

Wittlage, Vater Eugen Wausch, Genarmierter-Buch-

meister. Verthold Karl Georg, Vater Karl Wilhelm, Schlosser.

Frieda Luise, Vater Ludwig Kuchensberger, Maschinenarb.

Johann Ferdinand, B. Dor. Müller, Schuhmacher. Franz

Theodor, Vater Theodor Hüb, Mediziner. Ottilie Maria

Vater Fr. Acker, Waghilff. Else Margarete, B. Johannes

Dommer, Bild.-Künstler. Willi Kurt, Vater Rich. Seiler,

Tagelöhner. Annemarie, B. Albert Jita, Kaufmann. Ger-

trud Kath. Frieda, Vater Robert Wagner, Hausmeister.